

18.09.2017 - 17:37 Uhr

## Booking.com: Wir schaffen Innovation und Transparenz - wir lehnen Eingriffe in die Vertragsfreiheit ab

Niederlande (ots) -

Booking.com bedauert den Entscheid des Nationalrats für ein Verbot von Paritätsklauseln zwischen Buchungsplattformen und Unterkunftsanbietern. Das Parlament bremst so den Wettbewerb und die nötige Transparenz bei den Zimmerangeboten. Den Konsumenten drohen höhere Preise. Der Entscheid schadet gerade kleinen und Familienhotels.

Kleine und mittelgrosse Hotels wären besonders stark betroffen: Auf sie entfällt die grosse Mehrheit der Buchungen über Online-Reiseplattformen. Sie verfügen oft über bescheidene Mittel für Marketing und erhalten durch Online-Reisebüros einfach und kostengünstig Zugang zu Gästen aus aller Welt. Ebenso geschädigt würden Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten: Die verbesserte Transparenz durch die Vergleichsmöglichkeit von Preisen und Gästebewertungen veranlasst die Hotels, ihren Service zu verbessern und ihre Preise niedrig zu halten. Grundsätzlich stellt ein Verbot der «engen Paritätsklausel» einen tiefen Eingriff in die unternehmerische Freiheit dar.

Kommissionen würden steigen, nicht sinken

Peter Lochbihler, Direktor Public Affairs von Booking.com, sagt: «Die heute geltende «enge Paritätsklausel» bedeutet Fairplay zwischen unseren Partnern, den Hotels und unserer Plattform. Die Politik sollte sich nicht in private Vertragsbeziehungen einmischen - diese werden durch die WEKO überwacht. Hoteliers können unsere Marketing- und Beratungsdienstleistungen rund um die Uhr in Anspruch nehmen, ohne selbst investieren zu müssen. Die «enge Parität» stellt dabei sicher, dass Hotels nicht von Buchungsplattformen profitieren, ohne auch für deren Dienstleistungen zu bezahlen.» Booking.com betont deshalb: Falls die «enge Parität» abgeschafft würde, werden die Kommissionen nicht sinken, sondern eher steigen.

Auch die Wissenschaft unterstützt diese Haltung. Der E-Commerce Report 2017 (Studie der Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW) bestätigt: «Wenn es das Ziel der Motion Bischof ist, Hotels aus einer Zwangssituation zu befreien, ist die Mission bereits erfüllt.» Ein branchenspezifischer, zum Kartellgesetz konkurrierender und von seinem Charakter her dauerhafter Eingriff in die Privatautonomie sei «juristisch und ordnungspolitisch ein problematischer Weg».

Booking.com wird einen allfälligen Gesetzesvorschlag analysieren und die Debatte eng begleiten. Wir werden Fakten und Argumente einbringen und aufzeigen, dass heute ein guter Wettbewerb herrscht. Dies fördert die Qualität der Angebote und es senkt deren Preise. Das ist im Interesse aller.

Kontakt:

Tel. +41 31 312 28 42  
peter.lochbihler@booking.com

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100051752/100806972> abgerufen werden.